

Angelika Rieber

Kampagne der NSDAP gegen die Lehrerin Elisabeth Oestreicher

„Jüdische Lehrerin als Doppelverdienerin“: Mit dieser Zeitungsüberschrift begann eine Kampagne der NSDAP gegen die Frankfurter Lehrerin Elisabeth „Liesel“ Oestreicher. Um die erfolgreiche und beliebte Lehrerin aus dem Dienst zu entfernen, setzten die Nationalsozialisten alle Hebel und Ebenen, einschließlich der Presse, in Bewegung. Liesel Oestreicher war nicht nur Jüdin und Sozialdemokratin, sondern auch eine emanzipierte Frau. Die in der Verfassung formulierte Gleichberechtigung der Frauen sowie die Errungenschaften der Weimarer Republik hatten für sie einen hohen Stellenwert. So kehrte die verheiratete Liesel Oestreicher auch nach der Geburt ihrer Tochter wieder als Lehrerin in die Schule zurück. Damit war sie der NSDAP auf vielfache Weise ein Dorn im Auge.

Bereits 1931 setzten die Bemühungen ein, Elisabeth Oestreicher aus dem Dienst zu entfernen (M 1). Obwohl der Aufruf „Mithilfe zur Seuerung der Junglehrernot“ nur an Ehepaare gerichtet war, die beide im öffentlichen Dienst tätig waren, gab es eindeutige Bestrebungen, diese Bestimmung auszuweiten und damit generell das „Doppelverdienertum“, faktisch die Berufstätigkeit von Frauen, anzuprangern.

Die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten am 30.1.1933 hatte für Liesel Oestreicher gravierende Auswirkungen: Sie wurde nicht nur von den antisemitischen Gesetzen diskriminiert und verfolgt, sondern öffentlich an den Pranger gestellt und von der NSDAP für wahlpolitische Zwecke missbraucht.

Kurz vor der Reichstagswahl vom 5. März 1933 denunzierte das Frankfurter Volksblatt Liesel Oestreicher unter der Überschrift „Jüdische Lehrerin als Doppelverdienerin“ (M 5). Flankiert wurde diese öffentliche Verleumdung durch den Brief einer Lehrerin an die Kommunal-Abteilung der NSDAP (M 2). Darin klagte die Kollegin, sie würde wegen ihrer „nationalen Haltung“ diskriminiert, und beschuldigte sowohl Elisabeth Oestreicher als auch mehrere andere Kolleginnen und Kollegen namentlich, politisch „zersetzend“ tätig zu sein. Die Kollegin verlangte, Liesel Oestreicher solle sofort die Stelle verlassen und Platz für sie machen. Dieser denunziatorische Brief veranlasste daraufhin die Behörde, eine Untersuchung der genannten Vorfälle einzuleiten. Bereitwillig stellte sich ein weiterer Kollege zu einer Aussage gegen Liesel Oestreicher zur Verfügung. Schließlich nahm sich der Elternbeirat des „beunruhigenden Sachverhaltes“ an und beklagte die „Hintansetzung tüchtiger und stellenloser Lehrerinnen und Lehrer“ (M 3).

Als Liesel Oestreicher im April 1933 an die Holzhausen-Schule versetzt wurde, sah sich die NSDAP-Ortsgruppe zu einem erneuten Vorstoß veranlasst und forderte die „sofortige Beseitigung dieser Jüdin“ von der Schule (M 4). Untermauert wurde diese Forderung mit dem „Befremden von Parteigenossen“, die diesbezüglich an die NSDAP herangetreten seien.

Von der anhaltenden Kampagne zermürbt gab Liesel Oestreicher schließlich Ende Mai 1933 auf und bat um Entlassung.

Den Nationalsozialisten gelang es also mithilfe der Presse, der Denunziationen von Einzelnen, Gremien wie dem Elternbeirat oder Parteiuntergliederungen binnen kürzester Zeit, eine bis dahin anerkannte und beliebte Kollegin einer solchen Hexenjagd auszusetzen, bis sie entnervt aufgab. Die Personalakte offenbart keine Hinweise, dass es öffentlichen Widerstand gegen diese Maßnahmen gab. Daher ist davon auszugehen, dass diese Strategie des Druckes auf verschiedenen Ebenen und der Einschüchterung des Kollegiums durch öffentliche Denunziationen so erfolgreich war, dass jeder Widerstand erstickt wurde.

Die Benennung einer Schule nach Liesel Oestreicher, deren Lebenslauf in M6 abgebildet ist, im Jahre 2009 ist ein klares Bekenntnis dazu, an das Unrecht, das der Lehrerin angetan wurde, zu erinnern, und gleichzeitig eine Aufforderung, sich aktiv für die Wahrung der Grund- und Menschenrechte einzusetzen.

Einleitung



Quelle: Privat
(Margret Williams)

Angelika Rieber

Historikerin, Lehrerin und Initiatorin des Zeitzeugen-Projektes „Jüdisches Leben in Frankfurt“.

Materialien

M 1 Behebung der Lehrernot

Stadt Frankfurt am Main Schuldeputation – 61-Frankfurt a.M., den 12.9.1931

Wir geben nachfolgend Kenntnis von einem Aufruf der Regierung in Wiesbaden, der sich mit der Steuerung der grossen Notlage der Schulumtambewerber(innen) befasst, Wir treten der Auffassung der Regierung bei.

Gez. Dr. Keller

**Mithilfe zur Steuerung der Junglehrernot.
Wiesbaden, den 30. August 1931.**

Die allgemeine wirtschaftliche Not hat die Lage vieler Schulumtambewerber und -Bewerberinnen trostlos werden lassen. Wir erinnern daher einen jeden Lehrer und jede Lehrerin eindringlich an die Pflicht, zur Beseitigung der Entbehrungen möglichst beizutragen und persönliche Opfer zu bringen. Das ist bisher noch nicht von allen Lehrern geschehen. Es wird mancher noch zu prüfen haben, ob er nicht zugunsten der darbedenden Schulumtambewerber und -bewerberinnen auf diesen oder jenen Nebenverdienst ganz oder zum Teil verzichten könnte.

Falls in einer Lehrerfamilie Ehemann und Ehefrau im Schuldienst tätig sind, so würde unseres Erachtens – vorausgesetzt, dass die wirtschaftlichen Verhältnisse der Familie durch Kinderzahl usw. nicht ganz besonders drückende sind – ein solcher Doppeltverdienst in der Allgemeinheit in keiner Weise gebilligt werden und sollte ebenfalls zu einem Verzicht Anlass geben.

Wir haben zu dem oft bewährten Gefühl der Zusammengehörigkeit unserer Lehrerschaft das Vertrauen, dass dieser Aufruf zur persönlichen Mithilfe überall da gehört werden wird, wo die Rücksichtnahme auf die persönlichen und häuslichen Verhältnisse der Lehrer und Lehrerinnen wie auf die Geeignetheit der Schulumtambewerber und -Bewerberinnen zu dem ihnen zuzuweisenden Nebenverdienst dem guten Willen nicht in den Weg treten.

Helfe Jeder, wo und wie er kann!

Regierung.

Quelle: Personalakte von Liesel Oestreicher, Institut für Stadtgeschichte Frankfurt a.M.

M 2 Denunziation einer Kollegin

Frau S. wurde, wie sie selbst sagt, aus politischen Gründen, strafversetzt und dann an wechselnden Schulen eingesetzt, zuletzt in der Römerstadtschule. Von dort stand eine weitere Versetzung an eine andere Schule bevor, die sie zu folgendem Schreiben veranlasste.

Frankfurt/Main, den 11.3.1933

An die Kommunal-Abteilung der N.S.D.A.P.
Klüberstraße

Nach meiner gestrigen Abmachung mit einem Herrn im Büro der Klüberstraße (1. Stock) habe ich folgendes mitzuteilen: (...)

National gesinnte Eltern eines Kindes in der Römerstadtschule baten mich doch alles zu tun, um die Klasse zu behalten, da ihr eigentlicher Lehrer, H. S. eingetragener S.P.D. Mann ist, wie der grösste Teil des Kollegiums. Ich wehrte mich natürlich verzweifelt gegen das Hinausgesetztworden, darüber lachten die politisch gegnerischen Lehrerinnen, voran Frau Oestreicher, Jüdin. Es ist erstaunlich, wie die Lehrerin Fr. B., C., A. judenfreundlich gesinnt sind, herausbekommen habe ich, dass sie gegen Hitler sind.

Es wäre eine nationale Pflicht des Herrn Rektors L. gewesen dafür zu sorgen, dass Frau Oestreicher, geb. Cahn ihre zersetzende Tätigkeit aufgibt, statt dessen war ihre Klasse nach dem Wahlsiege Hitlers so unverschämt, dass sie hinter mir ‚Freiheit und Rotfront‘ brüllten.

Ich muss verlangen, dass Frau Oestreicher sofort ihre Stelle verlässt, damit für mich ein Platz in der Römerstadtschule ist, denn das ewige Hin-& Hergeworfenwerden habe ich genug. Ich möchte endlich mal einen festen Platz haben, denn ich habe nichts getan, weswegen ich als Lehrerin 2. Güte behandelt werde.

Ich bitte dringend um Klärung, denn ich habe bei der Schulbehörde erklärt, ich weigere mich, an die Schule nach Niederrad zu gehen.

Ich bin bei der N.S.D.A.P. Ortsgruppe Westhausen organisiert, gehörte nie einer sonstigen Partei an, bin ausgewiesene Oberschlesierin und bin seit 12 Jahren in Ffm.

Hochachtungsvoll
gez. M. S.

Anlage

Das Kollegium der Hindenburgschule ist auch bei der SPD organisiert. Fr. R.*, die auf Grund ihres Parteibuches nach Ffm. versetzt wurde, Frau S., die auf S.P.D. Parteibuchmitgliedschaft angestellt wurde, Herr B. war sogar kommunistenfreundlich. Herr Rektor. M. soll eingetragener S.P.D. Mann sein. Es ist die höchste Zeit, dass es anders wird, denn was soll aus der Jugend werden. Es kann da überhaupt keine Minute mehr gezögert werden.

Quelle: Personalakte von Liesel Oestreicher, Institut für Stadtgeschichte Frankfurt a.M.

* Im Original werden die vollen Namen genannt.

M 3 Brief des Elternbeirates, April 1933

An die Städtische Schulbehörde, Frankfurt a.M.

Der Elternbeirat der Römerstadt-Schule ist schon seit Monaten aus weitesten Kreisen der Elternschaft darauf hin gewiesen worden, dass die an dieser Schule angestellte Lehrerin Frau Österreicher immer noch tätig ist, obgleich ihr Ehemann über ein anderweitiges und auskömmliches Berufseinkommen verfügt. Wiederholt ist an diesem Sachverhalt scharfe Kritik geübt worden, u.a. auch in der hiesigen Presse.

Pflichtgemäß haben Vorstandsmitglieder des Elternbeirates Schritte unternommen, um diesen Forderungen aus der Elternschaft Rechnung zu tragen. Nach Prüfung des Sachverhaltes mussten aber die seitherigen Rechtsverhältnisse in diesem Falle für die Durchführung des Ansinnens der Elternschaft als unüberwindbar angesehen werden.

Es bedarf keines grossen Hinweises weder auf das Grundsätzliche, und in heutiger Zeit Unmoralische des Doppelverdieneriums, noch des Hinweises auf die dadurch bedingte Hintansetzung tüchtiger, stellenloser Lehrer und Lehrerinnen, als vielmehr der besonders überraschenden Feststellung, dass christliche Lehrer und Lehrerinnen, die Doppelverdiener waren, durch weite Versetzungen zur Abgabe ihres Doppelberufes gezwungen wurden, während seither für jüdische Doppelverdiener die Möglichkeit einer Versetzung praktisch nur in ganz beschränktem Umfange für durchführbar erklärt wurde. Das Unrecht des Falles Österreicher (so im Original, d.V.) ist deshalb in doppelter Beziehung offensichtlich, einmal gegenüber der Elternschaft, zum anderen gegenüber den stellenlosen Berufskollegen. Wir bitten die städtische Schulbehörde, Massnahmen zu ergreifen, um unverzüglich den vorerwähnten beunruhigenden Sachverhalt zu beseitigen, und sehen einem alsbaldigen Bescheid entgegen.

Der Elternbeirat der Römerstadt-Schule

Quelle: Personalakte von Liesel Oestreicher, Institut für Stadtgeschichte Frankfurt a.M.

Quelle: Personalakte von Liesel Oestreicher, Institut für Stadtgeschichte Frankfurt a.M.

M 4 Schreiben der NSDAP-Ortsgruppe Praunheim

An die Kreisleitung der NSDAP.
Gross-Frankfurt a.M.
Abt. Kreisleiter
Frankfurt a.M.

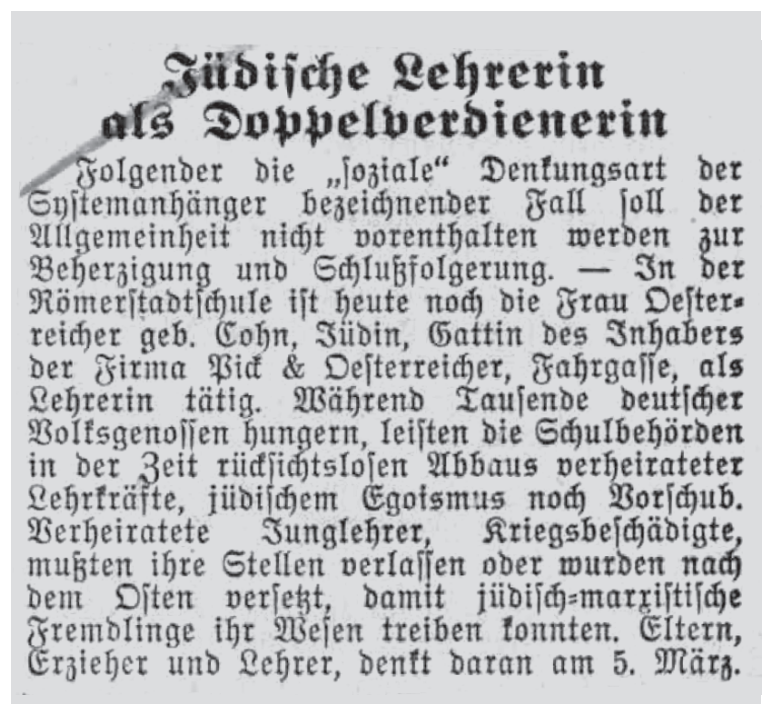
Betr. Frau Lehrerin Oestreicher.

Wir nehmen Bezug auf unsere vorhergegangene Mitteilung, wonach vorgenannte Lehrerin an der Römerstadtschule angestellt worden sein sollte. Wir ersuchten damals um sofortige Beseitigung dieser Jüdin von dieser Schule. Wir müssen nun zu unseren grossen Befremden feststellen, dass Genannte nicht aus dem Schuldienst entlassen worden, sondern einfach an die Holzhausenschule überwiesen worden ist. Abgesehen davon, dass eine Jüdin arische Kinder nicht im nationalsozialistischen Sinne erziehen kann und wird, ist es doch allorts bekannt, dass der Gatte der Lehrerin Teilhaber der Firma Pick & Oestreicher ist, sie also unbedingt zu den Doppelverdienerinnen zu rechnen ist, die es nicht notwendig hat, arischen Lehrerinnen die Arbeit und das Brot wegzunehmen. Wir bitten diese Angelegenheit genau zu prüfen und für schleunige Abhilfe besorgt zu sein, da vorgeschilderte Tatsache auch Befremden bei unserer Parteigenossenschaft hervorgerufen hat, die dieserhalb schon an uns herangetreten ist.

F. d.R. gez. Unterschrift Schriftwart.	Heil Hitler gez. Unterschrift. Ortsgruppenleiter
--	--

Quelle: Personalakte von Liesel Oestreicher, Institut für Stadtgeschichte Frankfurt a.M.

M 5 Zeitungsartikel



M 6 Liesel Oestreicher: historische Daten

30.1.1893	Geburt von Elisabeth Cahn Ausbildung von Liesel Cahn an der Elisabethenschule
1914	Erteilung der Lehrbefähigung
1916	Hinweis, bei Verheiratung sei die Anstellung hinfällig Liesel Cahn wird Lehrerin an der Arndt-Schule
Seit 1918	ist Liesel Cahn in der SPD und im Sozialistischen Lehrerbund aktiv
1919/20	<i>Grundrecht der Frauen auf staatsbürgerliche Gleichstellung und Aufhebung des Heiratsverbots für Beamtinnen</i>
1927	<i>Einführung des Mutterschutzes</i> <i>Bauprogramm von Ernst May, Bau der Römerstadt-Siedlung</i>
1929	<i>Einweihung der Schule in der Römerstadt</i>
1929	Heirat mit dem Kaufmann Ernst Oestreicher Umzug in die Römerstadt, einer May-Siedlung Wechsel an die Römerstadt-Schule
1929	<i>Weltwirtschaftskrise</i>
1930	Geburt der Tochter Ursula – nach der Mutterschutzzeit Rückkehr von Liesel Oesterreicher in den Schuldienst Liesel Oestreicher lehnt eine Entlassung aus dem Schuldienst mit Hinweis auf die durch die Weltwirtschaftskrise verursachten wirtschaftlichen Verluste im Geschäft des Mannes ab
1931	<i>Notverordnung: Aufruf zur Mithilfe zur „Steuerung der Junglehrernot“: wenn zwei Ehepartner im Öffentlichen Dienst arbeiten, sollte ein Partner verzichten</i>
30.1.1933	<i>Hitler wird Reichskanzler</i>
27.2.1933	<i>Reichstagsbrand</i>
28.2.1933	<i>die Verordnung „zum Schutz von Volk und Staat hebt wesentliche Grundrechte auf</i>
2.3.1933	im Frankfurter Volksblatt erscheint ein gegen Liesel Oestreicher gerichteter Artikel
5.3.1933	<i>Reichstagswahlen</i> Lehrerin S., NSDAP-Mitglied, verlangt in einem Schreiben an die NSDAP, dass „Liesel Oestreicher sofort ihre Stelle verlässt, damit für mich ein Platz an der Römerstadtschule ist“ Verfahren gegen Liesel Oestreicher „wegen des starken marxistischen Geistes, den sie in ihren Klassen pflegte“
23.3.1933	<i>Gesetz „zur Behebung der Not von Volk und Reich“ (Ermächtigungsgesetz)</i>
1.4.1933	Boycott jüdischer Geschäfte
1.4.1933	der Elternbeirat der Römerstadt-Schule verlangt die Entfernung von Liesel Oestreicher mit Hinweis auf das „Unmoralische des Doppelverdienertums“
7.4.1933	<i>Gesetz zur „Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“: Entlassung von „nichtarischen“ und von Beamten, die „nicht die Gewähr dafür bieten, dass sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten“</i> Beurlaubung und Aufhebung der Beurlaubung von Liesel Oestreicher
2.5.1933	Beschäftigung an der Holzhausenschule in jüdischen Klassen
6.5.1933	Die Ortsgruppe Praunheim der NSDAP fordert in einem Schreiben an die Kreisleitung „schleunige Abhilfe“, also die Entlassung von Liesel Oestreicher, „die arischen Lehrerinnen die Arbeit und das Brot wegnehme“
Ende Mai 33	beantragt Liesel Oestreicher die Entlassung und gibt bis zu ihrer Auswanderung Privatunterricht
1935	<i>Nürnberger Gesetze: Aufgrund der angespannten finanziellen Situation muss die Familie umziehen. Die Wohnung der Familie Oestreicher wird verwüstet</i>
9.11.1938	<i>Novemberpogrom; Ernst Oestreicher verhaftet und nach Buchenwald gebracht</i>
1939	Emigration der Familie in die USA
1.9.1939	<i>Beginn des 2. Weltkriegs mit dem Überfall auf Polen.</i> Liesel Oestreichers Mutter, Charlotte Cahn, wird 1942 nach Theresienstadt deportiert, der Bruder Fritz 1941 ins Ghetto Lodz verschleppt
8.5.1945	<i>Ende des 2. Weltkriegs</i>
1984	stirbt Liesel Ostin, wie sie sich dort nennt, in den USA
2008	ihre Tochter Ursula besucht auf Einladung der Stadt Frankfurt ihre Geburtsstadt
2009	wird eine Frankfurter Grundschule im Stadtteil Preungesheim nach Liesel Oestreicher benannt